

# presse

---

AG Energie

## **EU-Emissionshandel muss Klimaschutz und Wirtschaftswachstum ermöglichen**

*Zur Entscheidung des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments zum EU-Emissionshandel ab 2013 erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Rolf Hempelmann**:*

Es ist zu begrüßen, dass die EU den Emissionshandel zum maßgeblichen Instrument seiner Klimaschutzbemühungen weiterentwickelt. Energiewirtschaft, Industrie und Verbrauchern wird durch ein allmähliches Absenken der Obergrenzen (Cap) langfristig planbar signalisiert, dass eine kontinuierliche Reduktion der Treibhausgasemissionen in den kommenden Jahrzehnten unerlässlich ist. Ebenso begrüßenswert ist, dass über die Versteigerung von Zertifikaten im Energiesektor die ungegerechtfertigten Mehrerlöse, die bisher durch die Einpreisung der kostenlos zugeteilten Zertifikate entstanden sind, abgeschöpft werden und somit für Maßnahmen für mehr Klimaschutz und Energieeffizienz zur Verfügung stehen.

Der Beschluss des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments zum EU-Emissionshandel ist bezüglich der Behandlung der Kraft-Wärme-Kopplung widersprüchlich. Insbesondere die Entscheidung, den Wärmeanteil von Kraftwerken, die in Kraft-Wärme-Kopplung gleichzeitig Strom und Wärme produzieren, zunächst von der Versteigerung von Emissionszertifikaten auszunehmen, bis 2020 aber zu 100 Prozent einzubeziehen, ist vollkommen unverständlich. Diese widersprüchlichen Beschlüsse der Europaparlamentarier machen die besonders energieeffiziente und ressourcenschonende Beheizung von Gebäuden durch Fernwärme unwirtschaftlich und konterkarieren damit das erst im Juni 2008 vom Deutschen Bundestag novellierte Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz.

Die SPD-Bundestagsfraktion erwartet von der Bundesregierung und von den deutschen Europaparlamentariern, dass sie die nationale Politik zur

Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung in Brüssel auch im Rahmen der Verhandlungen zum EU-Emissionshandel aktiv vertreten.

Darüber hinaus ist eine allmähliche Einbeziehung des Industriesektors in die Versteigerung der Emissionszertifikate nur dann sinnvoll und praktikabel, wenn sich Industrie- und Schwellenländer außerhalb der EU spätestens 2009 mit eigenen substanziellen Verpflichtungen an einem Kyoto-Folgeabkommen beteiligen. Insbesondere die energieintensiven Industrien in Deutschland erwarten zu Recht eine schnelle und frühzeitige Antwort, wie ihre direkten und indirekten Kostenbelastungen durch den Emissionshandel verringert werden sollen.

Zwischen SPD-Bundestagsfraktion und Bundesregierung besteht Einigkeit, die energieintensiven Industrien im Rahmen des Emissionshandels auch nach 2013 mit kostenlosen Zertifikaten sowie einer zusätzlichen Kompensation für die indirekten Belastungen durch höhere Strompreise auszustatten und hierüber im Rahmen der Verhandlungen bis Ende 2008 - und nicht Ende 2009 wie vom EP-Umweltausschuss gefordert - Klarheit zu schaffen. Diese Position muss Maßstab für die Verhandlungen der Bundesregierung auf EU-Ebene sein.

Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise ist es wichtig, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Investitionen für den Ersatz alter, besonders umweltschädlicher Kraftwerke durch moderne Anlagen - möglichst auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung - nicht behindert, sondern befördert werden. Für die energieintensiven Industrien muss die Politik Voraussetzungen schaffen, dass sie in einem immer härter werdenden internationalen Wettbewerb weiter bestehen können.

Ein EU-Emissionshandel, der Kraft-Wärme-Kopplung de facto verhindert und unsere energieintensiven Industrien aus Deutschland und der EU in Regionen mit geringeren Klimaschutzambitionen vertreibt, wäre ein wahrer Pyrrhussieg für den europäischen Klimaschutz.